



Europäische Schriften | 98



Institut für
Europäische Politik

Hartmut Marhold [Hrsg.]

Wegbegleiter der europäischen Integration

60 Jahre Institut für Europäische Politik



Nomos

Die Reihe „Europäische Schriften“
wird herausgegeben vom

Institut für Europäische Politik, Berlin

Hartmut Marhold [Hrsg.]

Wegbegleiter der europäischen Integration

60 Jahre Institut für Europäische Politik



Nomos

© Titelbild: SasinParaksa – istockphoto.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6161-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-0283-6 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Der Jubiläumsband „Wegbegleiter der europäischen Integration. 60 Jahre Institut für Europäische Politik“ wird freundlicherweise vom Auswärtigen Amt gefördert.

Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist ein strategischer Partner der Europäischen Kommission und wird von ihr finanziell unterstützt. Für die Inhalte zeichnet alleine das IEP verantwortlich.

Redaktion: Dr. Katrin Böttger, Johannes Kohls

Die Redaktion dankt Friederike Augustin, David Dreja, Johannes Hofmann, Farina Kiefer, Julian Miller und Fabian Weber für die vielfältige Unterstützung.

Inhalt

Vorwort <i>Werner Hoyer</i>	11
Einleitung <i>Hartmut Marhold</i>	13
 <i>1. Epochen</i>	
Das Institut für Europäische Politik im europäischen Integrationsprozess <i>Wilfried Loth</i>	23
Die Geburtsstunde des Instituts für Europäische Politik: Akteure und Faktoren <i>Hartmut Marhold</i>	39
Im Zeichen des verbandlichen Europa-Engagements: Die Europa- Union, Friedrich Carl von Oppenheim und die Gründung des Instituts für Europäische Politik <i>Jürgen Mittag</i>	65
Das Institut für Europäische Politik in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren: Vom Bildungswerk Europäische Politik zum Institut für Europäische Politik <i>Beate Kohler</i>	87
Das Institut für Europäische Politik in den 1970er- und 1980er- Jahren: Auf dem Weg zu einem europäischen Think Tank <i>Wolfgang Wessels</i>	111

Inhalt

Das Institut für Europäische Politik in den 1990er- und 2000er-
Jahren: Zeiten der Vertiefung, Erweiterung und Politisierung des
europäischen Projekts 131

Mathias Jopp

Das Institut für Europäische Politik: Ein Zukunftsmodell zwischen
Gegenwind für das europäische Projekt und Aufwind für seine
Arbeit 165

Katrin Böttger/Funda Tekin

2. Arbeitsfelder, Organe und Partner

Europapolitische Bildung als Gründungsauftrag und Arbeitsfeld des
Bildungswerks Europäische Politik und des Instituts für Europäische
Politik 195

Otto Schmuck

Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Das
Institut für Europäische Politik als Motor für Forschung und
Debatte (1974-2009) 215

Elfriede Regelsberger

IEP goes East: Das Institut für Europäische Politik entdeckt den
Osten Europas und erweitert seine Forschungsagenda 233

Barbara Lippert

Das Wissenschaftliche Direktorium im Spiegel der Jahrestagungen
des Instituts für Europäische Politik 253

Michael Kreile

Arbeitskreis Europäische Integration und Institut für Europäische
Politik: Eine konstante Kooperation seit 1969 271

Rudolf Hrbek

Das satzungstextliche Selbstverständnis des Instituts für Europäische
Politik von 1959 und 2019 im Vergleich 283

Peter-Christian Müller-Graff

3. Europäische Kooperationen

Integrating Europe: Istituto Affari Internazionali and Institut für Europäische Politik: Cooperation between think tanks living in two different national environments 295

Gianni Bonvicini

The Northern Dimension in Research and Cooperation of the Institut für Europäische Politik 307

Gunilla Herolf

Das Institut für Europäische Politik und die Tschechische Republik: Schaffung einer nachhaltigen Grundlage der europäischen Gemeinsamkeit 321

Vladimir Handl

4. Zeitzeugen/Interviews

Die Gründerväter des Instituts für Europäische Politik: Heinrich Schneider, Arno Krause und Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim 331

Die Rolle des Auswärtigen Amtes im europäischen Integrationsprozess 335

Ein Gespräch mit Jürgen Trumpf

Das Institut für Europäische Politik: Anfänge, Wege und Wirkungen 341

Fragen an Franz Schoser

Europäisches Engagement als Diplomat im Auswärtigen Amt 347

Ein Gespräch mit Wolf-Ruthart Born

Inhalt

5. Politische Positionen und Kommentare

Die Demokratisierung der Europäischen Union: Zug gestoppt –
Weichen neu stellen 355

Elmar Brok

Zwischen Lokomotive und Paternoster: Zum Stand der
europäischen Integration 363

Axel Schäfer

6. Anhang

Prägende Persönlichkeiten aus 60 Jahren Institut für Europäische
Politik: Eine Übersicht 371

Die Autorinnen und Autoren 373

Vorwort

Werner Hoyer

Das 60-jährige Jubiläum des Instituts für Europäische Politik (IEP) ist für die Geschichte der Erforschung des europäischen Integrationsprozesses ein prägendes Ereignis. Seit seiner Gründung am 25. April 1959 trat das damalige Bildungswerk Europäische Politik – beziehungsweise das heutige IEP – als wichtige Schnittstelle für den offenen Meinungsaustausch zwischen Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft hervor und prägte den intellektuellen Diskurs in Deutschland zur Europäischen Union entscheidend mit. In seinem fundierten Beitrag zum öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs leistet das IEP dabei einen beachtlichen Beitrag zur Stärkung der europäischen Grundwerte, deren Schutz, gerade in einer Zeit des politischen und sozialen Wandels, dringend notwendig ist.

Anlässlich der vergangenen sechs Jahrzehnte sollen vor allem die Persönlichkeiten gewürdigt werden, deren herausragendes Engagement die Umsetzung der Institutsziele erst möglich machte. Als Visionäre, die im Jahr 1959 – ein Jahr nach Inkrafttreten der Römischen Verträge – das IEP unter dem Namen Bildungswerk Europäische Politik gründeten, sind vor allem Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim, Heinrich Schneider und Arno Krause zu nennen. Der damalige Präsident der Europa-Union, Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim, nahm bei der Gründung des Bildungswerks Europäische Politik die Rolle des Mäzens ein, der die europäische Einigung insbesondere durch seine Finanzierung unterstützte. Heinrich Schneider, der sich im Jugendverband der Europa Union Deutschland (EUD) – heute Junge Europäische Föderalisten (JEF) – engagierte, prägte das Institut bis zu seinem Tod im Jahr 2018 nicht nur als Vorsitzender des Herausgebergremiums der Vierteljahreszeitschrift *integration*, sondern auch durch seine hohe persönliche und menschliche Verbundenheit. Arno Krause, der ebenfalls der Jugend der Europa-Union entstammte, und welcher später langjähriger Leiter der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) und vielfältiger Kooperationspartner des IEP war, bereicherte bis zu seinem Tod 2018 das IEP durch seine leidenschaftlichen, zukunftsweisenden Redebeiträge. In der Folgezeit prägte zuletzt Jürgen Trumpf die Arbeit des IEP in seiner Rolle als Präsident mit. In der Reihe ehemaliger Direktorinnen und Direktoren sind vor allem Katharina Focke, Beate Kohler, Wolfgang Wessels und Mathias

Jopp zu erwähnen. Ein bis heute wäherender Einfluss geht auf Wolfgang Wessels zurück, der von 1973 bis 1993 Direktor des Instituts und von 1995 bis 2019 Vorsitzender des Vorstands des IEP war. Durch sein langfristiges Engagement über die letzten 45 Jahre etablierte Wessels auch die bis heute bestehenden drei Säulen: Forschung, Forum und Fortbildung.

Anlässlich des runden Geburtstages bietet sich auch der Anlass, die zukünftige Entwicklung des Instituts zu betrachten: So gelang es dem IEP im Juni 2019, mit Johannes Pollak einen neuen Vorstandsvorsitzenden zu gewinnen. Dieser steht durch das enge Verhältnis zu Heinrich Schneider für Kontinuität, aber auch für Internationalität und Entrepreneurship. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Direktoriums, Frank Schimmelfennig, und den beiden Direktorinnen, Katrin Böttger und Funda Tekin, die seit Juli 2018 ihr Amt innehaben, ist das Institut nun bestens aufgestellt, um den weiteren Weg der europäischen Integration zu begleiten.

Dabei ist die Arbeit des Instituts heute wichtiger denn je. Laut § 2 seiner Satzung ist es die Aufgabe des Instituts, die Themen europäischer Politik und Integration wissenschaftlich zu untersuchen und die praktische Anwendung der Untersuchungsergebnisse zu fördern. Das IEP erfüllt damit seine verantwortungsvolle Aufgabe als Think Tank an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis, insbesondere in Zeiten eines erstarken Populismus und antieuropäischen Denkens. So muss es die Aufgabe des IEP sein, auch weiterhin den europäischen Zusammenhalt zu stärken, seiner Rolle als wissenschaftlichem Think Tank gerecht zu werden und dabei sowohl politische als auch zivilgesellschaftliche Akteure durch seine fundierten Forschungsergebnisse zu unterstützen. Die zukünftige Forschungsausrichtung des Instituts sollte sich neben einer Bandbreite weiterer Themen vor allem mit der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik beschäftigen, deren Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union jedoch häufig missverstanden wird oder von Falschdarstellungen betroffen ist. So müssen wir uns noch mehr mit dem Thema Wettbewerbsfähigkeit auseinandersetzen, denn nur durch eine verstärkte Wettbewerbsfähigkeit kann die Europäische Union der nächsten Generation die Chance geben, sich in dieser globalisierten Welt zu behaupten. Wenn es uns gelingt, den Integrationsprozess kraftvoll fortzusetzen und zu Zeiten der Globalisierung Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, werden wir unser europäisches Wertesystem und den Wohlstand für die kommenden Generationen bewahren können. Europa braucht jetzt seine Politiker, seine Institutionen, seine Zivilgesellschaft und seine Bürger, um antieuropäischen Tendenzen Widerstand zu leisten. Das IEP muss und wird dabei auch in den kommenden Jahrzehnten eine wichtige Rolle spielen.

Einleitung

Hartmut Marhold

Das Institut für Europäische Politik (IEP) ist im Jahr 2019 sechzig Jahre alt geworden – ein runder Geburtstag, der Anlass zu der Frage bietet, ob es nun ‚alt‘ ist. Seit seiner Gründung am 25. April 1959 hat sich tatsächlich so viel verändert, dass man meinen könnte, das damals gegründete Institut sei nicht mehr zeitgemäß. Die europäische Integration, die um diese Zeit gerade den zweiten Schritt tat, über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hinaus zum Gemeinsamen Markt des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag), hat ganz andere Dimensionen erreicht: Sie umfasst heute nahezu alle Politikbereiche und hat sich zu einem vollgültigen politischen System ausgefächert und angereichert. Das damalige Versprechen, die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges durch einen europäischen Wiederaufbau zu überwinden und Wohlstand für alle zu schaffen, ist weit über das Ziel hinausgeschossen und hat den Europäern die ‚Überflusgesellschaft‘ mit all ihren Nachhaltigkeitsproblemen beschert – allerdings bei steigender Ungleichheit. Die bipolare Welt der beiden Supermacht-Blöcke, die bald nach der Institutsgründung mit dem Bau der Berliner Mauer im wahrsten Sinne des Wortes für eine Generation zementiert wurde, ist einer multipolaren Welt im Wandel gewichen, in der alle Furcht einflößenden, ‚abschreckenden‘ Sicherheiten – auch die der zweigeteilten Welt – dahin sind. Ein Institut, das damals Gestalt annahm, könnte angesichts der so gründlich veränderten Lage Europas in der Welt in der Tat ‚alt aussehen‘.

Aber Geschichte setzt sich immer aus Wandel und Kontinuität zusammen – das Mischungsverhältnis ist entscheidend. Und diese banale Einsicht gilt natürlich für die ‚große‘ Geschichte genauso wie für das Institut: Während einerseits in dieser großen Geschichte manche Konstanten weiterleben (oder sich nur in einem viel langsameren Rhythmus wandeln), hat auch das IEP den Wandel in seiner Umgebung mit vollzogen. Denn Europa braucht kein „neues Narrativ“, um sich seiner „raison d’être“ zu versichern: Friedlicher Interessenausgleich zwischen den europäischen Nationen – statt Hegemonialkriege bis zum Untergang; gemeinsame Rechtssetzung durch supranationale Institutionen, deren Legitimität und Verbindlichkeit von allen anerkannt wird – statt Recht des Stärkeren, sich zur

Not mit Gewalt durchzusetzen; gemeinsames Auftreten und Handeln, gemeinsame Interessenvertretung in einer zunehmend enger vernetzten, globalisierten Welt – statt Alleingänge einzelner europäischer Staaten, die, für sich genommen, kaum noch zählen auf der Weltbühne: Das alles sind Motive und Motivationen europäischer Integration, die damals wie heute Geltung haben. Und auf der anderen Seite hat das IEP, gegründet mit dem Auftrag, diese Einsichten zu durchdenken und mit den Mitteln von Wissenschaft und Forschung in politische Konzeptionen zu übersetzen, den Wandel dort mit vollzogen, wo er die historische Lage verändert hat: mit wachsendem Augenmerk auf die Außenbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften respektive der Europäischen Union, mit steigendem Interesse an den Fragen des komplizierten Ineinandergreifens von mehreren politischen Gestaltungsebenen, an der ‚Fusion‘ von Staaten und Europäischer Union, mit der (Aus-)Differenzierung des europäischen politischen Systems, und nicht zuletzt auch mit der Aufmerksamkeit für Kritik oder gar Infragestellung europäischer Integration.

‚Alt‘ ist mithin kein Kriterium für die Lebensdauer eines solchen Instituts, eines Think Tanks – bei Gründung des Instituts war der Begriff, der während des Zweiten Weltkrieges in den englischsprachigen Ländern geprägt wurde, in Deutschland noch gar nicht in Gebrauch (ebenso wenig wie der noch weit ungeschicktere deutsche Begriff ‚Denkfabrik‘). Und auch der Gründungsauftrag war noch nicht der eines solchen Think Tanks – das Institut wurde als Bildungswerk gegründet, und nicht im Blick auf die politischen Institutionen, nicht als Inspirationsquelle für die offizielle, staatliche deutsche Europapolitik, sondern als Denk- und Lehrquelle für die außerschulische (und bald auch schulische) Bildung an den Europahäusern und Europäischen Akademien, die in den meisten Bundesländern in diesen Jahren gegründet wurden oder schon bestanden, und die ihrerseits aus dem Kreis der euro-föderalistischen Verbände stammten, die in der Nachkriegszeit die föderale europäische Einigung als einzig gangbaren Weg in eine friedliche, prosperierende und humane Zukunft ansahen – die Europa-Union Deutschland (EUD) an erster Stelle, als deutscher Zweig der Union Europäischer Föderalisten (UEF). Aus der Zivilgesellschaft also wurde das Bildungswerk Europäische Politik gegründet, hier sollte der Weg Europas zur Föderation durchdacht werden, hier sollten Lehr- und Lernmittel für diesen Weg entwickelt und bereitgestellt werden.

Das war der Entwicklungspfad, der dem IEP in die Geburtsurkunde geschrieben wurde – aber nicht alle Entwicklungen sind eben so ‚pfadabhängig‘, wie das Theorien gelegentlich fordern: Das europapolitische Nachdenken ging seine eigenen Wege, verselbständigte, emanzipierte sich auf der einen Seite von denen, für die es als wissenschaftlich-pädagogischer

Mentor gedacht gewesen war (auch weil die Europahäuser über Personal verfügten, das gern selbst nachdachte), und näherte sich auf der anderen Seite der deutschen Europapolitik an, insbesondere soweit sie im Auswärtigen Amt vorangetrieben wurde. Das IEP wurde immer mehr zum nützlichen Vordenker für die deutsche Europa-Diplomatie, in den Zeiten, in denen Walter Hallstein Kommissionspräsident der EWG war und Hans von der Groeben das zweite deutsche Kommissionsmitglied.

Schon in den 1950er-Jahren – mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Kontroversen um die Römischen Verträge – und weiter in den 1960er-Jahren – mit der Krise des leeren Stuhls, als der französische Staatspräsident Charles de Gaulle jede weitere, auch die vertraglich festgelegte Entwicklung blockierte – prägten Krisen und Kontroversen die europäische Einigung, Auseinandersetzungen, die für einen Think Tank natürlich Herausforderungen waren. Nach- und vorzudenken gab es genug: Das galt für den Weg, den die europäische Politik einschlagen konnte und womöglich auch sollte, um solche Krisen zu überwinden, aber auch für das Ziel, das sie anstreben sollte. Wie sollte trotz des französischen Insistierens auf nationaler Souveränität – die, in vollem Umfang erhalten, Mehrheitsabstimmungen auf europäischer Ebene ausschließt – der Binnenmarkt realisiert werden? Wie sollten die (damals noch drei) Europäischen Gemeinschaften institutionell so gestaltet werden, dass sie den Maßstäben freiheitlicher Demokratien genügte? Wie sollte es gelingen, die Sechsergemeinschaft zu erweitern, zumindest um die Staaten, deren Nichtmitgliedschaft schon damals (wenigstens in Deutschland) als Anomalie empfunden wurde (das Vereinigte Königreich, Dänemark, Irland, Norwegen)? Schon früh richtete man im IEP auch den Blick nach Osten, über die Mauer, über den Eisernen Vorhang, auf Mitteleuropa – die Neue Ostpolitik Willy Brandts bewegte die Gemüter in der Europa-Union ebenso wie in der Wissenschaft. Damit sind zugleich Entwicklungslinien angeknüpft, denen das Institut bis heute Aufmerksamkeit widmet; das gilt für die Ausgestaltung des politischen Systems der Europäischen Union (das mehr als nur die europäische Ebene umfasst) wie für das besondere Interesse an Entwicklungen in der östlichen Nachbarschaft der Europäischen Gemeinschaften beziehungsweise der Europäischen Union, ein Interesse, das sich auch dann noch verstetigte, ja ausweitete, als der Zeitpunkt gekommen war, einen großen Teil der mitteleuropäischen Nachbarn als Mitglieder in der Europäischen Union willkommen zu heißen und nun andere, weiter entfernte, ja zum Teil sehr weit entfernte Staaten und Nationen zu ‚Nachbarn‘ im weiteren Sinne wurden. Heute reichen die Forschungs- und Trainingsprogramme des Instituts über die Türkei

und die Ukraine, über die Republik Moldau und den Schwarzmeerraum, über den Kaukasus hinaus bis nach Zentralasien, an die Grenzen Chinas.

Dabei sind die innereuropäischen Perspektiven nicht verloren gegangen: Das IEP hat, anders als viele andere Institute, nicht alles auf die Karte der deutsch-französischen Beziehungen gesetzt, sondern auch den Norden und den Süden Europas immer im Blick gehabt: Skandinavien, die ‚Nördliche Dimension‘ rund um die Ostsee (nach 1990) und Italien, das oft unterschätzte Schwergewicht im Süden, haben immer wieder in Veranstaltungen und Publikationen des IEP eine prominente Rolle gespielt. Das IEP hat sich immer mehr in der stets komfortableren Position der Mitte – zwischen Ost und West, Nord und Süd – befunden (wie Deutschland selbst), und in alle Himmelsrichtungen Partnerschaften entwickelt, die halfen, die Denkrichtungen vor Ort konkret zu erden.

Ebenso multidimensional ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit der europäischen Integration eigentlich schon von Anfang an gewesen, aber sicher stetig angewachsen: Es ging natürlich nie nur um klassische Außenpolitik, sondern auch um Wirtschafts- und damit auch um Gesellschaftspolitik, und mit der Einbeziehung immer weiterer Politikbereiche in die Reichweite der Europäischen Union stellte sich für den Think Tank IEP immer klarer die Anforderung, plural-, multi- und interdisziplinär zu denken und zu forschen. Aus allen einschlägigen Fachbereichen kommen die Mitglieder des Wissenschaftlichen Direktoriums, das im IEP selbst einen Rat der Europawissenschaftler aller Disziplinen bildet, während die Forschungsprojekte und Publikationen des IEP dieses Konzept umsetzen: Sie orientieren sich nicht an den Grenzen zwischen Fachbereichen, die in den Universitäten auch heute noch oft die Sicht verengen, sondern an den europäischen Realitäten, die facettenreich und komplex sind und deshalb die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus vielen Disziplinen erfordern.

Darin liegt auch eine Brückenfunktion zwischen der klassischen Akademie und der praktischen Politik (und Verwaltung), wie es für einen sowohl wissenschaftlichen wie praxisnahen Think Tank unumgänglich ist. Denn diese Aufgabe hat das IEP immer als wesentlich erkannt: Wissenschaftliche Einsichten nicht für sich stehen zu lassen, sondern umzumünzen in politisch verwertbare Aussagen, Anregungen und Agenden.

Um seine Aufgaben wahrzunehmen, hat das IEP vielfältige Formate entwickelt und ist auch auf diesem Gebiet dem rapiden Wandel der wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Kommunikationsformen auf der Spur geblieben. Natürlich standen und stehen dabei weiterhin gedruckte Gedanken an erster Stelle, vor allem in den Standardwerken zur deutschen und europäischen Politik, die seit den frühen 1980er-Jahren für

Wissenschaft und viele Politiker zur unverzichtbaren Quelle und Orientierung für ihre Wahrnehmung europäischer Angelegenheiten und ihr Handeln geworden sind: Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“, das „Handbuch zur deutschen Europapolitik“ und last but not least das Nachschlagewerk „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“. Daneben hat sich seit 1978 die Zeitschrift *integration*, welche gemeinsam mit dem Arbeitskreis Europäische Integration (AEI) herausgegeben wird, als Forum für die deutsche europapolitische Debatte, als deren Maßstab, etabliert. Hinzu kommen zahlreiche andere Publikationen in vielerlei Gestalt – neben Büchern auch Broschüren, Weiß- und Bücher anderer Farben, Dokumentationen etc. – ergänzen das Publikationsprogramm des IEP. Mehr und mehr treten diesen klassischen Formen der Veröffentlichung neue, dynamische und elektronische an die Seite, „living editions“ beispielsweise, die eine permanente Aktualisierung von Publikationen ermöglichen. Nicht zuletzt ist das IEP über den schon klassischen Newsletter hinaus auch in den sozialen Medien präsent und kann auf diese Weise neue Generationen erreichen.

Als Ort unabhängigen europapolitischen Denkens hat das Institut auch zu seinen Förderern, nicht zuletzt in deren eigenem Interesse, immer Distanz gewahrt. Das gilt für das Auswärtige Amt, das über Jahrzehnte gerade an dieser Unabhängigkeit der IEP-Expertise interessiert war, ebenso wie für andere Ministerien, die Europäische Kommission und in den letzten Jahrzehnten des Ausgreifens über Europa hinaus vor allem für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ); es gilt auch für die vielen anderen Förderer, die dem IEP Forschung und Publikation, Training und Lehre in Deutschland, Europa und darüber hinaus – bis nach Zentralasien – ermöglicht haben. Darunter sind an erster Stelle Stiftungen zu nennen, die zwar alle ihre thematischen Schwerpunkte selber setzen, aber niemals auf die Forschungsergebnisse der Institutsarbeit Einfluss genommen haben: Die Otto Wolff Stiftung, mit ihrer Blickrichtung auf Mittel- und Osteuropa; die ASKO Europa-Stiftung, mit ihrem Interesse an föderaler europäischer Demokratie; die Stiftung Mercator, mit ihrem Schwerpunkt auf Kommunikation und Vermittlung Europas in die Zivilgesellschaft; die VolkswagenStiftung mit ihrem Ausgreifen auf Internationale Beziehungen; die Fritz Thyssen Stiftung mit ihrer Bereitschaft, wissenschaftliche Ergebnisse in Tagungen und Kolloquien in die Öffentlichkeit zu tragen; aber auch Stiftungen aus anderen europäischen Ländern, wie die italienische Compagnia di San Paolo oder der schwedische Riksbankens Jubiläumsfond.

Rund zwei Jahrzehnte wuchs das IEP als Pionierpflanze auf einem Gebiet – der praxisorientierten, wissenschaftlichen Bearbeitung europäischer

Integration –, das erst flächendeckend aufblühte, als die Mitgliedstaaten selbst endlich Ernst machten mit dem Versprechen, einen wirklich grenzfreien europäischen Binnenmarkt zu verwirklichen und ihren Bürgern die damit verbundene Reise- und Niederlassungsfreiheit zu gewähren. Bis dahin hatte es zwar schon im damals personell dem IEP eng verbundenen, bereits erwähnten, 1969 gegründeten AEI die Initiative gegeben, die deutschen Europawissenschaftler aller Fachbereiche zu sammeln, – aber Think Tanks und Universitäten, die das Forschungsfeld „Europäische Integration“ kultivierten, waren noch rar gesät. Das änderte sich nun, die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) intensivierten ihre europapolitischen Bemühungen. Andere, neue kamen hinzu, wie die Hertie School of Governance oder das Jacques Delors Institut, und vor allem entwickelten viele Universitäten nun Lehrstühle oder gar Institute, die sich mit Europapolitik beschäftigten. Das IEP sieht sich seit den 1990er-Jahren in einer Konkurrenz mit vielen anderen institutionellen Denkorten, die alle ihre Aufmerksamkeit auf ein zunehmend einflussreicheres und wirkungsmächtigeres Europa richten, eine Konkurrenz, die einerseits als Katalysator für eine ständige Professionalisierung wirkt und diverse Kooperationen ermöglicht, auf der anderen Seite aber auch einen Wettbewerbsdruck entstehen lässt, der dem IEP seine äußerste Leistungsfähigkeit abverlangt.

Europäische Partnerschaften sind dabei ein erprobtes Mittel, den Vorsprung des IEP an europapolitischer Expertise zu bewahren und weiter zu entwickeln, und dabei kann das Institut an Kontakte, Kooperationen und Netzwerke anknüpfen, deren Entstehung schon vor die Zeit des weithin erwachenden Interesses an der europäischen Integration zurückreichen. Das gilt für bilaterale Kontakte, zum Beispiel zum Istituto Affari Internazionali (IAI), dem italienischen kongenialen Partner des IEP, wie auch für viele andere in der europäischen Nachbarschaft, aber vor allem gilt es auch für den Zusammenschluss der meisten dieser Institute und Think Tanks in der Trans European Policy Studies Association (TEPSA).

Sechzig Jahre erfolgreicher Forschung, Politikberatung und Weiterbildung, vom IEP selbst in sloganartiger Formulierung als „Forschung – Forum – Fortbildung“ plakatiert, machen den Rück- und Ausblick, der in diesem Band gegeben wird, zu einem facettenreichen historiographischen Panorama, das zusammengehalten wird von der über alle Epochen und Partnerschaften geteilten Überzeugung, mit dem Thema der europäischen Integration ein Phänomen unserer Zeit zu bedenken, von dessen Erfolg Wohl und Wehe aller europäischen Staaten und Nationen sowie aller Europäer entscheidend abhängt.

Wir haben den Band, ähnlich wie diesen einleitenden Überblick, in chronologische und thematische Abschnitte geordnet, ohne den Anspruch auf eine gleichmäßige, monographische Bearbeitung aller Entwicklungsphasen des Instituts. Nichtsdestoweniger bietet der Band einen Eindruck über das ganze Bild. Der erste größere Abschnitt entwirft die Geschichte des Instituts im eigentlichen Sinne, als Entwicklung über die Zeit und ihren Wandel, von der Gründung bis zum Ausblick auf die Zukunft, im größeren Rahmen der europäischen Integrationsgeschichte selbst. Wilfried Loth setzt mit seinem Beitrag diesen Rahmen; Hartmut Marhold entwirft die Gründungssituation; Jürgen Mittag fügt das IEP in das zivilgesellschaftliche Netzwerk der Europaverbände ein, aus dem es entstanden ist; die drei Direktorinnen beziehungsweise Direktoren, die das Institut über den bei weitem größten Zeitraum geprägt haben – Beate Kohler, Wolfgang Wessels und Mathias Jopp – erinnern sich und die Leser an die Zeit(en), in denen sie für das IEP Verantwortung trugen; Katrin Böttger und Funda Tekin, amtierende Direktorinnen des Instituts, blicken über die Geschichte hinaus in die Zukunft.

Eine zweite Gruppe von Beiträgen lenkt den Blick auf Arbeitsfelder und Aktionsformen des IEP: Otto Schmuck insistiert auf dem Bildungsauftrag des Think Tanks; Elfriede Regelsberger zeichnet den außen- und sicherheitspolitischen Schwerpunkt der Institutsforschung nach; Barbara Lippert den gleich gewichtigen Akzent, den das IEP immer auf die Politik nach und für den Osten (der oft gleichbedeutend mit der Mitte Europas war) gelegt hat; Michael Kreile geht auf die Debatten ein, die im Wissenschaftlichen Direktorium, gewissermaßen der Think Tank im Think Tank, stattgefunden und der praktischen Arbeit des Instituts Orientierung gegeben haben; Rudolf Hrbek setzt das IEP in enge Beziehung zum AEI, dem gegebenen frühen Partner; Peter-Christian Müller-Graff widmet sich der Verfassungsgeschichte des IEP, der Entwicklung seiner Organe und Institutionen.

Stellvertretend für das weitere Spektrum europäischer Partnerschaften stehen die Beiträge von Gianni Bonvicini, viele Jahre lang Kooperationspartner des IEP in seiner Eigenschaft als Direktor des IAI; Gunilla Herolf, die aus der Zusammenarbeit des IEP mit seinen skandinavischen und baltischen Partnern berichtet; Vladimir Handl, der aus tschechischer, mitteleuropäischer Sicht daran erinnert, wie wichtig der Kontakt und eine Anbindung an die deutsche und westeuropäische Integrationsdebatte und -wissenschaft nach der Wende von 1989 war.

Zeitzeugen sind im Lauf der Entstehung des Bandes befragt und interviewt worden, sofern sie dafür noch zur Verfügung standen – einige von ihnen, und gerade diejenigen, die maßgeblich an der Gründung des IEP

beteiligt waren, sind gerade in diesen zwei, drei Jahren verstorben. Das gilt für Heinrich Schneider, sicher der Spiritus Rector der ursprünglichen Konzeption, es gilt in gleichem Maße für Arno Krause, den unermüdlichen Förderer des IEP. Zeitzeugen waren und sind auch Persönlichkeiten aus der Diplomatie und Wirtschaft, die die Entwicklung des Instituts über viele Jahre mit hohem Engagement begleitet und gefördert haben: Jürgen Trumpf, Ehrengeneralsekretär des Rates der Europäischen Union, Wolf-Ruthart Born, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt und Franz Schoser, viele Jahre lang Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages.

Zu guter Letzt haben wir die langjährigen Vizepräsidenten des IEP um ihre Eindrücke und Kommentare gebeten: Elmar Brok und Axel Schäfer, beide prominente Europapolitiker, auf Bundes- wie auf europäischer Ebene, die dem IEP ihre Wertschätzung nie versagt haben und auf die Denkarbeit des Instituts immer, auch in ihrer politischen Arbeit, Wert gelegt haben. Und der Präsident des Instituts, Werner Hoyer – auch er in vielen Jahren dem Institut verbunden, in den diversen europapolitischen Funktionen seiner Laufbahn, vom Auswärtigen Amt bis zur Europäischen Investitionsbank (EIB) – gibt den Auftakt in seinem Vorwort.

Dank gebührt allen, die an diesem Bild eines europapolitischen Think Tanks in Wandel und Kontinuität der europäischen Integration und der deutschen Europapolitik mitgezeichnet haben, Dank gilt schließlich auch denen, die den Dank praktisch möglich gemacht haben, durch Förderung – wiederum steht das Auswärtige Amt an erster Stelle – und durch ihr persönliches Engagement: Katrin Böttger, als Direktorin, und Johannes Kohls, als Redakteur.

1. Epochen

Das Institut für Europäische Politik im europäischen Integrationsprozess

Wilfried Loth

Als das Bildungswerk Europäische Politik am 25. April 1959 gegründet wird, sind die Römischen Verträge knapp 16 Monate in Kraft. Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat an ihrem provisorischen Sitz in Brüssel ihre Arbeit aufgenommen; sie verfügt über etwas mehr als 1.000 Mitarbeiter. Unter dem Vorsitz ihres energischen ersten Präsidenten Walter Hallstein arbeitet sie an einem raschen Abbau der Zölle und nichttarifären Handelshemmnisse zwischen den sechs Gründungsmitgliedern, einer Vereinheitlichung des Außenzolls und an der Erarbeitung eines Vorschlags für eine gemeinsame Agrarpolitik. Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG) bemüht sich mit mäßigem Erfolg um die Entwicklung eines gemeinsamen Atomprogramms und die gemeinsame Organisation atomarer Forschung. Die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) scheitert bei dem Versuch, die Absatzkrise des europäischen Kohlebergbaus durch Erzeugungsquoten zu steuern.

Die Europa-Union Deutschland (EUD) und mit ihr das Direktorium des Bildungswerks Europäische Politik begrüßen, anders als die radikalen Föderalisten um Altiero Spinelli, die Römischen Verträge als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat. Sie hegen vielfach Sympathie für die Argumentation des Geschäftsführers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Wilhelm Beutler, dass wirtschaftliche Integration der politischen vorausgehen müsse, beharren aber auch darauf, dass diesem Schritt bald weitere folgen müssten. „Die EWG leitet ihre Berechtigung aus dem Willen ihrer Partner zum politischen Zusammenschluss ab, auch wenn der Vertrag zunächst nur auf die Wirtschaft beschränkt ist“, schreibt Verbandspräsident Friedrich Carl Freiherr von Oppenheim zu Beginn des Jahres 1960. „Es gilt, den anderen europäischen Ländern verständlich zu machen, dass dieser politische Zusammenschluss

im Interesse der freien Welt liegt, und zu beweisen, dass er sich gegen niemand richtet.“¹

Entsprechend begrüßt der Dortmunder Kongress der EUD im Oktober 1959 die Initiative des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle zur Schaffung einer Politischen Union, die sich aus einer Ständigen Konferenz der Regierungschefs der sechs Mitgliedstaaten entwickeln soll. Als aber deutlich wird, dass die französische Initiative auf eine Entmachtung der bestehenden europäischen Institutionen in einem „Europa der Vaterländer“ zielt, korrigiert das Präsidium der EUD seinen Kurs. Im Frühjahr 1962 warnt es davor, sich auf den von de Gaulle revidierten Fouchet-Plan einzulassen, und trägt damit zu seinem Scheitern bei. Die politische Einigung soll nach Auffassung der EUD dadurch erreicht werden, dass „dem Rat der *bestehenden* Gemeinschaft neue Befugnisse außenpolitischer und verteidigungspolitischer Natur übertragen“ werden. Die Ausführung der „zunächst einstimmig und später mit qualifizierter Mehrheit“ gefassten Ratsbeschlüsse soll der „endlich vereinten Exekutive“ der drei Gemeinschaften übertragen werden.²

Die EUD mahnt die Bundesregierung daher, in der Krise des leeren Stuhls im zweiten Halbjahr 1965 hart zu bleiben und die von de Gaulle verlangte Abkehr von der Ausweitung des Mehrheitsvotums zu verhindern. Ebenso macht sie sich für einen Beitritt des Vereinigten Königreichs (und in seinem Gefolge Irlands, Dänemarks und Norwegens) zu der Gemeinschaft stark; de Gaulles kategorische Ablehnung einer solchen Erweiterung wird mehr und mehr als das entscheidende Hindernis empfunden, das einem Ausbau der Gemeinschaft im Wege stehe.

Darüber hinaus beteiligt sich die EUD – hier durchaus wieder im Einklang mit dem französischen Präsidenten – an der Diskussion über „Wege nach Gesamteuropa“. Das Bildungswerk erarbeitete hierzu eine Dokumentation über die Beziehungen zwischen West- und Osteuropa seit dem Zweiten Weltkrieg;³ und dann redigiert Katharina Focke, Geschäftsführerin des Bildungswerks, zusammen mit Heinrich Schneider, seinem Spiritus Rector, der unterdessen als Professor für Politische Wissenschaft in Hannover tätig ist, den Entwurf einer Erklärung, die für den Vorrang der deutsch-polnischen Aussöhnung vor der Oder-Neiße-Linie, für einen deut-

1 Friedrich Carl von Oppenheim: Sind wir für 1960 gerüstet?, in: Europäische Zeitung 1/1960, S. 1.

2 Erklärung des Münchener Kongresses der Europäischen Bewegung 7./8.7.1962, zitiert nach Karlheinz Koppe: Das grüne E setzt sich durch, Köln 1967, S. 146-147.

3 Siehe: Bernhard Bussmann (Hrsg.): Wege nach Gesamteuropa. Dokumentation der Beziehungen zwischen West- und Osteuropa 1943-1965, Köln 1966.

schen Atomwaffenverzicht, für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und für eine neue Politik gegenüber den Behörden in Ostberlin plädiert. Auf dem Baden-Badener Kongress der EUD vom 20. bis 23. November 1966 tragen nicht alle Delegierten diese Erklärung mit; doch reiht sich die EUD damit unter den Pionieren der Neuen Ostpolitik ein.

Die Profilierung der EUD in dieser grundlegenden Frage der Europapolitik der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre ist so bedeutsam, dass Willy Brandt nach der gewonnenen Bundestagswahl im September 1969 Focke als Parlamentarische Staatssekretärin für Europafragen in das Bundeskanzleramt beruft. Bei der Operationalisierung der Europapolitik der Regierung Brandt/Scheel – insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung, die nach dem Rücktritt de Gaulles möglich geworden ist, und das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion – erweist sich Focke als treibende Kraft.⁴ Das Bildungswerk befasst sich unterdessen mit der marxistischen Fundamentalkritik an dem europäischen Einigungswerk, die im Gefolge der 68er-Bewegung an Resonanz gewonnen hat.⁵ Schneider, jetzt Professor für Philosophie der Politik in Wien, zieht daraus den Schluss, dass die Integration stärker politisiert werden müsse, um die gesellschaftspolitischen Chancen zu nutzen, die mit dem Integrationsprojekt verbunden werden können.⁶ Die vermittelnde Position, die er damit einnimmt, findet freilich in der polarisierten Auseinandersetzung der frühen 1970er-Jahre weder im Verband noch in der Öffentlichkeit große Resonanz.

Auf der Linie des 1966 eingeschlagenen Weges nach ‚Gesamteuropa‘ liegt auch das Engagement für die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), zu dem sich die EUD auf ihrem Jahreskongress im Mai 1973 bekennt, diesmal einstimmig und in deutlicher Positionierung gegen Teile der CDU/CSU-Opposition, die hier die Gefahr einer Lähmung des europäischen Integrationsprozesses durch Moskauer Großmacht-Ambitionen sieht. Schneider argumentiert, die Europäischen Gemeinschaften müssten „bei der Überwindung der Ost-West-Spannung eine

4 Vgl. Claudia Hiepel: Willy Brandt und Georges Pompidou. Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise, München 2012, S. 50-249.

5 Siehe: Erich Häckel/Wolfram Elsner: Kritik der Jungen Linken an Europa, Bonn 1973.

6 Vgl. Heinrich Schneider: Gesellschaftspolitische Dimensionen der europäischen Integration, in: Europa-Archiv 27, 1972, S. 169-178.

möglichst produktive und progressive Rolle spielen.“⁷ Für die Zusammenarbeit der Außenminister der nunmehr neun Mitgliedsländer im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) erweist sich die KSZE als eine Bewährungsprobe, die sie glänzend besteht, was wiederum vom Vorstand der EUD gebührend hervorgehoben wird.

Die großen Hoffnungen, mit denen die EUD die Anfänge der brandtschen Europapolitik begleitet, machen dann aber bald Enttäuschungen Platz: Der ehrgeizige Plan einer Wirtschafts- und Währungsunion bleibt in den währungspolitischen Turbulenzen der Jahre 1971 und 1972 stecken; auf die Ölkrise 1973/1974 reagieren die Mitgliedstaaten mit nationalen Alleingängen; von der angestrebten Sozialunion ist überhaupt nicht mehr die Rede; von den Maßnahmen zur Schaffung einer „Europäischen Union“, die der Tindemans-Bericht zu Beginn des Jahres 1976 empfiehlt, wird vorerst nur die Vorbereitung der Direktwahl des Europäischen Parlaments in Angriff genommen.

Das Institut für Europäische Politik (IEP), das 1973 aus dem Bildungswerk hervorgegangen ist, reagiert darauf mit verstärkten Anstrengungen zur wissenschaftlichen Durchdringung der europäischen Integrationsproblematik. „Immer dann, wenn politische Vorhaben längerfristigen Charakters in Krisen geraten oder neue Ausblicke eröffnen, wenn Anlass zur Überprüfung des bisherigen Kurses besteht, wenn Entscheidungen notwendig werden, sollte auch das Bedürfnis nach theoretischer Besinnung und wissenschaftlicher Orientierungshilfe erstarken und ebenso das Bedürfnis nach einer Diskussion hierüber in aller Öffentlichkeit, so dass alle interessierten Zeitgenossen sich eine Meinung bilden können, zumindest aber wissen, worum es geht,“ schreibt Schneider in der ersten Ausgabe der IEP-Zeitschrift *integration*. „Eben dies ist gerade jetzt an der Zeit.“⁸

Zu der Vierteljahreszeitschrift *integration*, die von Schneider als Vorsitzendem des Direktoriums des IEP herausgegeben wird, kommt das „Jahrbuch der Europäischen Integration“, von 1981 an herausgegeben von Wolfgang Wessels, seit 1973 Geschäftsführer des Instituts, und Werner Weidenfeld, ebenso junger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mainz. Ein Forschungsprojekt über „Möglichkeiten und Grenzen

7 Heinrich Schneider: Die Europa-Union, ihr Präsident und ein junger Mann: Persönliche Erinnerungen an Begegnungen mit Friedrich Carl von Oppenheim, in: Jürgen Mittag/Wolfgang Wessels (Hrsg.): „Der kölsche Europäer“. Friedrich Carl von Oppenheim und die europäische Einigung, Münster 2005, S. 273-392, hier S. 367.

8 Heinrich Schneider: Integration – gestern, heute und morgen, in: *integration* 1/1978, S. 3-16.

einer Europäischen Union“ unter der Leitung des früheren EWG-Kommissars Hans von der Groeben und des Münchener Volkswirtschaftlers Hans Möller führt bis 1980 zur Publikation eines umfangreichen Grundsatz-Bandes, in dem Schneider und Rudolf Hrbek dafür plädieren, „dass sowohl das Wirken der Gemeinschaften wie auch die EPZ, aber auch sonstige im Rahmen der Neun – oder, nach einer künftigen Erweiterung der Zehn, Elf oder Zwölf – stattfindenden Interaktionen, Interessenkonstellationen, Verbindungen usw. sozusagen in die Perspektive gerückt, d. h. als mögliche Elemente und Momente des Integrationsprozesses (im weitesten Sinne) und seiner Fortführung wahrgenommen und genutzt werden sollen. Insofern alle diese ‚Beziehungen‘ [...] unter dem Gesichtspunkt dieser ihrer Integrationsfunktion unter Umständen neu bewertet, inhaltlich modifiziert, in neuer Weise miteinander verknüpft und in einen umfassenden ‚dynamischen‘ Gesamtzusammenhang eingebunden werden, unterliegen sie einer Transformation.“⁹

Das IEP schärft damit seinen Blick für die Wahrnehmung unterschiedlicher Integrationsformen und Integrationschancen. Gleichzeitig emanzipiert es sich von der Fixierung auf das Leitbild eines europäischen Bundesstaates. Angesichts des vielfachen Widerstands gegen ein solches Verständnis von europäischer Einigung rät Schneider dringend dazu, in der aktuellen Situation „eine Art Mischsystem“ anzustreben, in dem „föderative, konföderative und vielleicht auch kooperative Strukturelemente miteinander verknüpft sind.“¹⁰ In der Tat ist angesichts des britischen Beharrens auf Ausgleichszahlungen („I want my money back“, sagt Margaret Thatcher, Premierministerin des Vereinigten Königreichs, bei jeder Tagung des Europäischen Rates), der Furcht des französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d’Estaing vor der Kritik seines gaullistischen Koalitionspartners und der Abneigung seines Nachfolgers François Mitterrand gegen jede Einmischung der europäischen Partner in sein sozialistisches Wirtschaftsprogramm auch nicht mehr zu erwarten. Die Initiative des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der im Januar 1981 zum Abschluss eines „Vertrages über die Europäische Union“ aufruft, führt bis zur Stuttgarter Tagung des Europäischen Rates im Juni 1983 nur zu einer „Feierlichen Erklärung“, in der die Staats- und Regierungschefs ihre Absicht bekunden, die bestehenden Verflechtungen zu vertiefen und neue Bereiche

9 Rudolf Hrbek/Heinrich Schneider: Die Europäische Union im Werden, in: Hans von der Groeben/Hans Möller (Hrsg.): Die Europäische Union als Prozeß, Baden-Baden 1980, S. 209-473, hier S. 463.

10 Heinrich Schneider: Der Vertragsentwurf und der Föderalismus, in: *integration* 1/1984, S. 3-11.

der Zusammenarbeit zu erschließen. Nicht weniger als fünf der zehn Unterzeichner geben zu Protokoll, dass sie bei sogenannten ‚vitalen Fragen‘ an der Einstimmigkeit im Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft festhalten.

Der „Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union“, den das erste direkt gewählte Europäische Parlament am 14. Februar 1984 verabschiedet, wird daher im Wissenschaftlichen Direktorium des IEP durchaus kontrovers diskutiert. In vielen Punkten unscharf und zu wenig auf die Realisierungschancen bedacht, meint Weidenfeld zum Vorentwurf aus dem September 1983.¹¹ Der Historiker Walter Lipgens, bekannt durch seine Sammlung von Europa-Plänen der antifaschistischen Widerstandsbewegungen während des Zweiten Weltkrieges,¹² unterstreicht dagegen, „wie maßvoll der Entwurf des Parlaments einen realistischen Kompromiss der politischen Kräfte der EG präsentiert, der nur (aber dies wirklich) leisten will, was seit Jahren als Mindestkonstitution für die Gemeinschaft nötig gewesen wäre und diese aus ihrer Entscheidungsunfähigkeit herausführen kann.“¹³ Um „den ganzen Reichtum der Gedankenarbeit zugänglich zu machen, die für die best-mögliche und die erreichbar-beste Verfassung der Europäischen Union bisher geleistet wurde“, legt er eine umfangreiche Dokumentation von Europa-Plänen, Entschliefungen und Verfassungsentwürfen seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die europäischen Politiker sollen damit unter Druck gesetzt werden, „die entscheidenden Einsichten dieser jahrzehntelangen Planungsarbeit zu verwirklichen.“¹⁴

Tatsächlich hat Mitterrand unterdessen verstanden, dass er sich für eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften einsetzen muss: Anders können weder die wirtschaftliche Modernisierung Frankreichs noch die dauerhafte Einbindung Deutschlands gelingen. Zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl kann er nicht nur Thatchers Dauerblockade beenden; der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler bringen auf dem Ratstreffen von Fontainebleau im Juni 1984 auch einen neuen Europa-Vertrag auf den Weg. Im Vorfeld des Mailänder Gipfeltreffens des Europäischen Rates ein Jahr später, das über die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Vorbereitung des Vertrags befinden soll, warnt die Redakti-

11 Vgl. Werner Weidenfeld: Europäische Verfassung für Visionäre?, in: *integration* 1/1984, S. 33-38.

12 Siehe: Walter Lipgens: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945, München 1968.

13 Walter Lipgens: 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984, Bonn 1984, S. 711.

14 Ebd., S. 21.

on der *integration* davor, sich mit Minimalkompromissen zufrieden zu geben, die das europäische Projekt in den Augen der Bürger diskreditieren könnten. Sie qualifiziert den Vertragsentwurf des Parlaments als ein „funktionsfähiges Modell“, das stärker in die Diskussion einbezogen werden solle. Und sie plädiert dafür, eher im kleineren Kreis zu beginnen (das heißt: vermutlich ohne das Vereinigte Königreich, Dänemark und Griechenland), als eine Übereinkunft zu treffen, die keine Fortschritte hinsichtlich der demokratischen Legitimation, der Effizienz und der „sinnvollen Aufgabenteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten“ bringe.¹⁵

Die Ergebnisse der Regierungsverhandlungen – die Einheitliche Europäische Akte (EEA) vom 17. Februar 1986 – sind nicht nur für die Mitglieder der *integration*-Redaktion enttäuschend. Sie „entsprechen nicht den Mindestanforderungen, die für den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union [...] gestellt wurden“, stellt Wessels fest. Im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes – das vorrangige Integrationsprojekt von Kommissionspräsident Jacques Delors – wird verstärkt mit Mehrheitsentscheidungen im Rat der Europäischen Gemeinschaften gearbeitet, und es wird ein Termin für die Vollendung des Binnenmarkts gesetzt (der 31. Dezember 1992). Aber die Mitwirkungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments bleiben beschränkt. Gemeinsames Handeln in der Forschungs-, Technologie- und Umweltpolitik wird möglich, bleibt aber wie in der Außen- und Sicherheitspolitik und beim Projekt der Währungsunion von einstimmig gefassten Beschlüssen abhängig. Mit diesem begrenzten Ausbau, so Wessels, „wird das bestehende EG-System sowohl komplexer und damit noch reformbedürftiger als auch gleichzeitig stabiler und damit reformresistenter“ – ein echtes Dilemma.¹⁶

Das IEP sieht seine Aufgabe jetzt darin, die Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern, die die EEA gleichwohl bietet. Dazu werden nicht nur die komplexen Vertragsbestimmungen sehr genau analysiert. Die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament werden aufgefordert, die neuen Möglichkeiten von Anfang an aktiv zu nutzen und so Präzedenzfälle zu schaffen, die die Effizienz des Vertragssystems steigern würden. Besondere Aufmerksamkeit gilt in diesem Zusammenhang dem Binnenmarkt-Projekt, das als existenziell angesehen wird, wenn Europa nicht den technologischen Wettlauf mit den USA und mit Japan

15 Redaktion INTEGRATION: Die unverzichtbaren Elemente der Europäischen Integration, in: *integration* 2/1985, S. 47-48.

16 Wolfgang Wessels: Die Einheitliche Europäische Akte – Zementierung des Status quo oder Einstieg in die Europäische Union?, in: *integration* 2/1986, S. 65-79.

verlieren solle, sowie der gemeinsamen Außenpolitik, die angesichts der Reforminitiativen Gorbatschows und der Erneuerung des amerikanisch-sowjetischen Dialogs stärker gefragt sei denn je. Das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ beschäftigt sich erstmals 1989 mit den Vorgängen im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und den Vorbereitungen für Assoziierungsabkommen der Europäischen Gemeinschaften mit den Staaten des im Auflösungsprozess befindlichen Ostblocks.

Die Herausgeber des „Jahrbuchs der Europäischen Integration“ können 1988/1989 eine „neue Dynamik“¹⁷ des Integrationsprozesses konstatieren: Die Wirtschaft setzt auf den Binnenmarkt, erzeugt damit neues Wachstum und drängt die Regierungen, die Vorgaben des Binnenmarkt-Programms umzusetzen. Auf der Brüsseler Tagung des Europäischen Rates im Februar 1988 wird die Finanzverfassung der Europäischen Gemeinschaften den Erfordernissen des Binnenmarkts und der Süderweiterung angepasst; die Ausgaben für die Landwirtschaft werden begrenzt, der Strukturfonds verdoppelt und das Gemeinschaftsbudget angehoben. Ein Sachverständigenausschuss, dem die Zentralbankpräsidenten und einige unabhängige Persönlichkeiten angehören, erarbeitet unter dem Vorsitz von Delors einen Plan für die Währungsunion, der auf der Madrider Tagung des Europäischen Rates im Juni 1989 angenommen wird. Lediglich der Beginn der Regierungskonferenz, die den neuen Vertrag aushandeln soll, ist noch offen.

Nicht nur die Europäischen Gemeinschaften, auch das IEP ist damit gut gerüstet, als der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die schnelle Wiedervereinigung Deutschlands neue Risiken, aber auch Chancen für den europäischen Einigungsprozess bieten. Die Redaktion der *integration* lässt ausländische Stimmen zu Wort kommen, die die Deutschen zur Übernahme einer Führungsrolle in Europa drängen: „Europa wird nach dem Rückzug der Supermächte eines großzügigen Hegemons bedürfen“, schreibt William Wallace in der ersten Ausgabe des Jahres 1990, „der dazu bereit ist, seinen Reichtum mit den ärmeren Ländern an der Peripherie Europas zu teilen und sich um die Interessen der gesamten Region zu kümmern statt nur um seine eigenen. Dieser Hegemon sollte seine Macht durch die multilateralen Institutionen der Europäischen Gemeinschaft mit anderen Regierungen teilen.“¹⁸ Entsprechend wird die Rolle Deutschlands

17 Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels: Vorwort der Herausgeber, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, Bonn 1989, S. 9.

18 William Wallace: Deutschlands zentrale Rolle: Ein Versuch, die europäische Frage neu zu definieren, in: *integration* 1/1990, S. 13-20.